Das deutsche Ausbildungssystem befindet sich seit Jahren in einer Dauerkrise. Es kann einem Großteil der Jugendlichen, die bei den Arbeitsagenturen um einen Rat nachgefragt und als geeignet für eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf erachtet wurden, nicht einen Ausbildungsplatz garantieren. Für sie wurde der Start ins Berufsleben zu einem Fehlstart. Von **Kay Beiderwieden**.

Tiefstand bei der Einmündung in eine Ausbildung

Ende September des letzten Ausbildungsjahres 2024/25 sind nur 43 Prozent aller bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber für eine Ausbildungsstelle auch tatsächlich in eine Ausbildung eingemündet. Das war das schlechteste Ergebnis seit der Wiedervereinigung. Ende September dieses Ausbildungsjahres 2025/26 fiel das Ergebnis laut Ausbildungsmarktbilanz der Bundesagentur für Arbeit noch einmal schlechter aus: Lediglich 40 Prozent aller Bewerber haben einen Ausbildungsplatz gefunden.

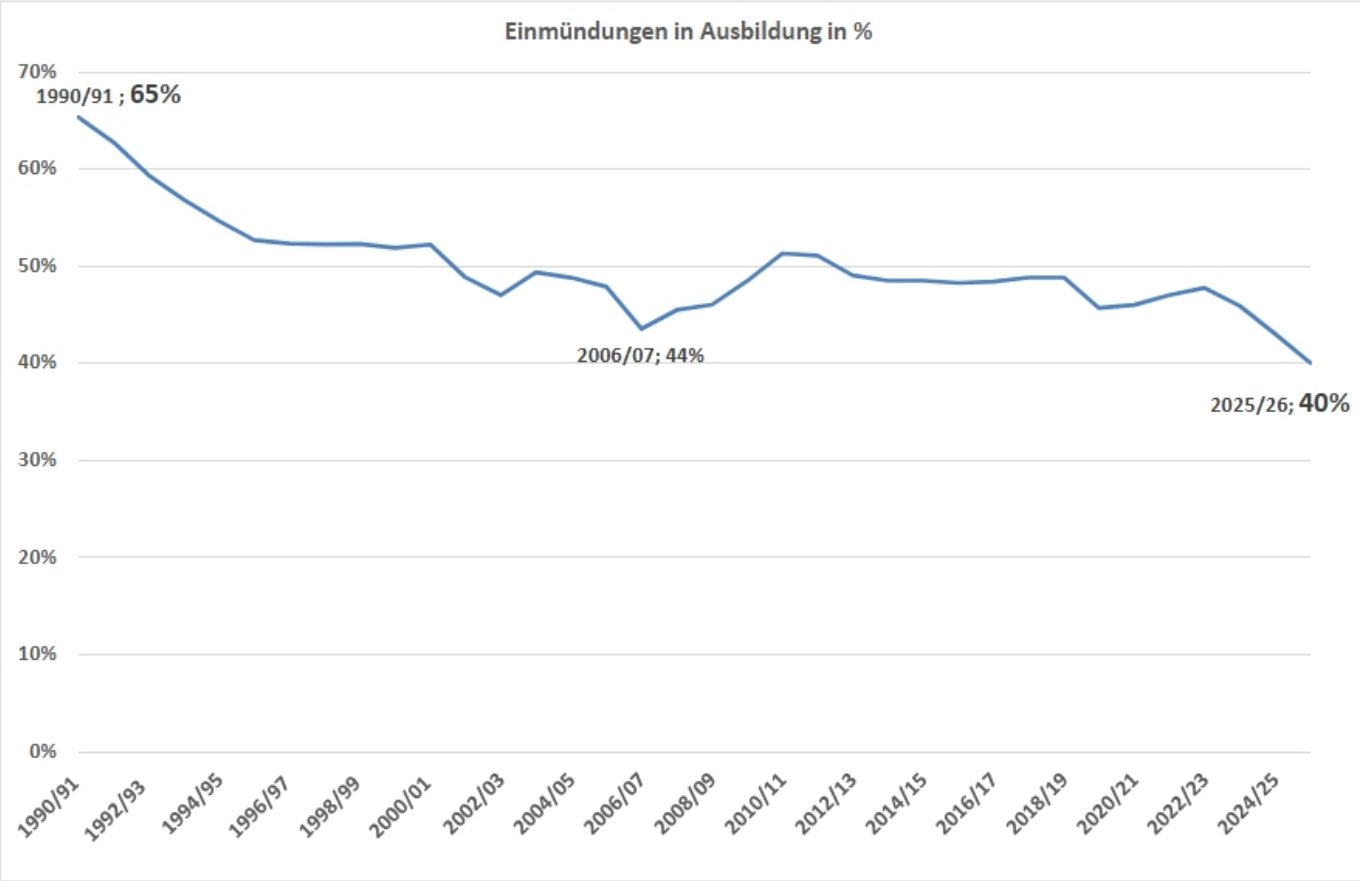


Abbildung 1: Einmündung von Bewerberinnen und Bewerbern, die bei den Arbeitsagenturen um Rat nachgesucht haben und als geeignet getestet wurden, in eine Ausbildung (in Prozent aller Bewerber), Deutschland 1990/91 bis

2025/26 (Quelle: Ausgaben der „Berufsberatung“ der Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen)

Insgesamt 60 Prozent aller Bewerberinnen und Bewerber sind nicht in eine Ausbildung eingemündet, das heißt: Sie sind ausbildungslos geblieben. Für die meisten der erfolglosen Bewerberinnen und Bewerber ist die berufliche Zukunft zu Beginn des Ausbildungsjahres 2026/27 unklar und hoffnungslos (siehe Abbildung 2):

- 15 Prozent besuchen eine Schule (nur 2 Prozent machen ein Studium oder Praktikum), was zumeist bedeutet, dass sie in einer schulischen Warteschleife „versorgt“ werden,
- Bei 14 Prozent gibt es keine Angaben über deren Verbleib,
- Nur 10 Prozent sind „unversorgt“, was im Behördensprech der Bundesagentur für Arbeit heißt, dass sie weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen,
- 8 Prozent fangen sofort als Ungelernte an zu jobben und
- 5 Prozent sind arbeitslos gemeldet.

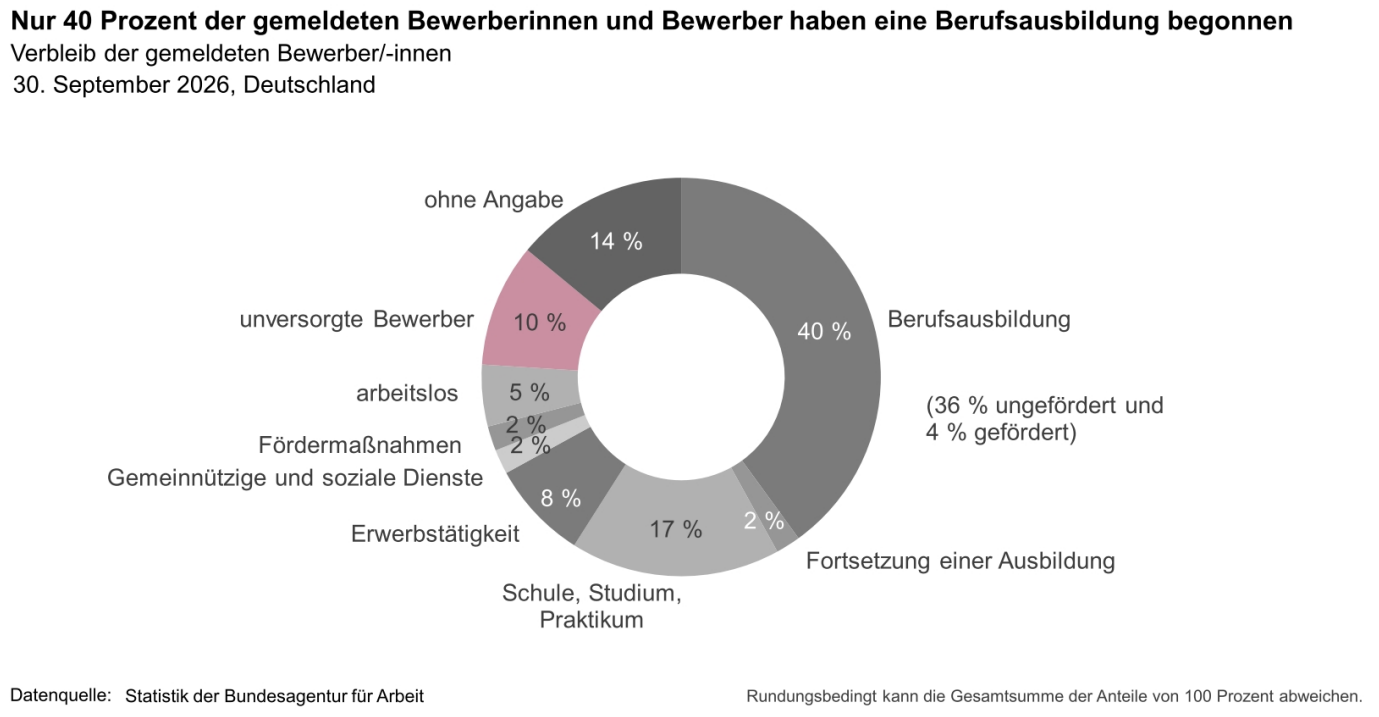


Abbildung 2: Verbleib der gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber, Deutschland Ende September 2026

Dabei trifft die Ausbildungslosigkeit bestimmte Gruppen von Jugendlichen besonders hart. Genannt seien folgende:

- 65 Prozent der Bewerber ohne deutsche Staatsbürgerschaft (wobei 26 Prozent Ausländer waren),
- 66 Prozent der Altbewerber (wobei 38 Prozent aller Bewerber sich schon einmal in den Vorjahren beworben hatten),
- 69 Prozent der 20 Jahre und älteren Bewerber (wobei 37 Prozent der Bewerber 20 Jahre oder älter waren),
- 70 Prozent der Absolventen aus berufsbildenden Schulen (wobei 41 Prozent aller Bewerber von berufsbildenden Schulen kamen, wo sie zumeist die diversen Warteschleifen durchlaufen haben dürften) sowie
- 70 Prozent der Bewerber aus Berlin, jeweils 66 Prozent der Bewerber aus Bremen und dem Saarland sowie jeweils 64 Prozent der Bewerber aus Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen (siehe Abbildung 3).

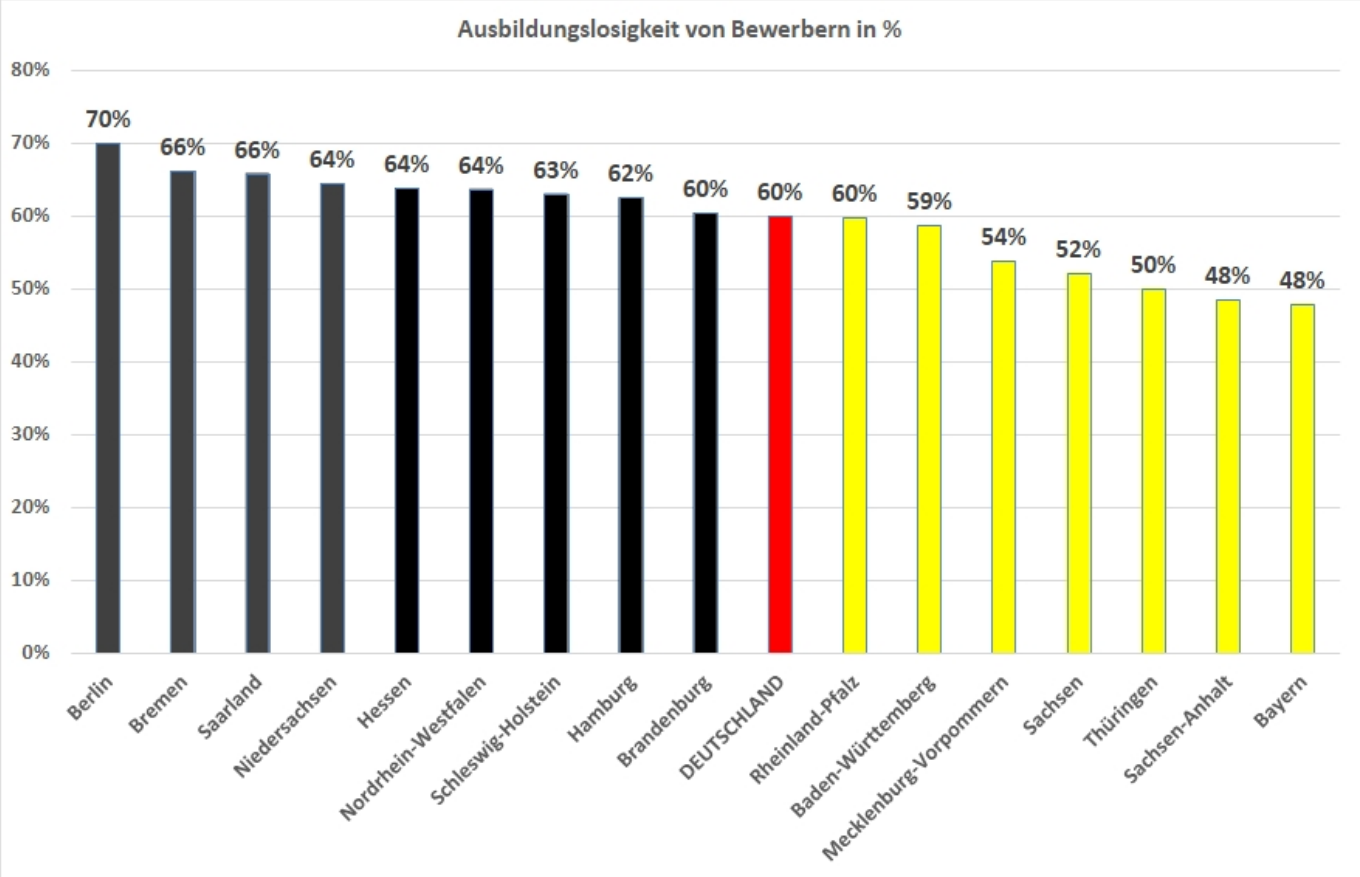


Abbildung 3: Ausbildungslosigkeit von bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Bewerbern für eine Berufsausbildungsstelle nach Bundesland, Ende September 2025 (Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen)

Ignoranz und Tatenlosigkeit bei den „Akteuren“ / Kein Wort der Bundesbildungsministerin Prien

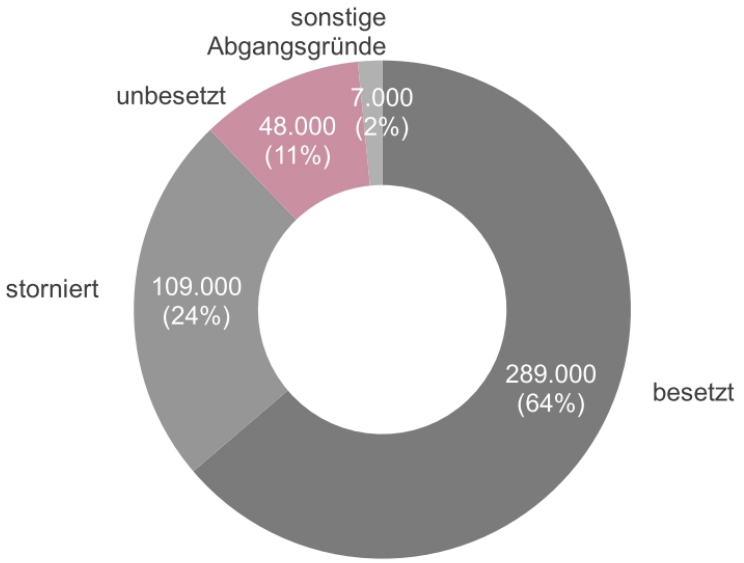
Die *Süddeutsche Zeitung* schreibt am 30. Oktober 2026: „Bei der Ausbildung schrillen die Alarmglocken. So wenige junge Leute wie seit über 30 Jahren nicht mehr treten eine Lehrstelle an.“ Trotzdem werden die Alarmglocken in der Politik, den Medien, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen, geschweige denn diskutiert.

- Frau Nahles, die Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit (BA), erklärte bei der Vorstellung der Ausbildungsmarktbilanz 2025/26 am 30. Oktober 2026 die schlimmste Ausbildungskrise mit der „wirtschaftlichen Schwäche“ und beschwichtigte, es gäbe „noch Möglichkeiten – wir helfen weiterhin bei der Ausbildungssuche“. Und das, nachdem das neue Ausbildungsjahr am 1. August begonnen hatte. Was würde

man sagen, wenn Eltern ihre Kinder einfach zwei Monate nach dem Ende der Sommerferien in die Schule schicken würden? Im deutschen Berufsberatungssystem ist das möglich. Die Erklärung der Ausbildungskrise von Frau Nahles mit der Wirtschaftskrise suggeriert, die Ausbildungskrise würde irgendwann vorbei sein, wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich wieder bessert. Das heißt, dass mehrere Absolventenjahrgänge einfach Pech gehabt haben, weil ihr Schulabgang in eine Wirtschaftskrise fällt. Das zeigt, dass das deutsche Ausbildungssystem ungerecht ist, weil es die berufliche Zukunft ganzer Schülerjahrgänge an die konjunkturelle Entwicklung bindet. Schon die Edding-Kommission hatte dies Anfang der 1970er-Jahre als Grund dafür genannt, dass die Finanzierung der Berufsausbildung überbetrieblich organisiert werden muss.

- Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger meint (laut *Süddeutscher Zeitung*): „Wir müssen junge Menschen und Betriebe noch besser zusammenbringen.“ Damit meint er die immer wieder beschworenen „Passungsprobleme“, wonach die Ausbildungskrise darauf zurückzuführen sei, dass die von den Betrieben angebotenen und von den Jugendlichen nachgefragten Ausbildungsplätze oft regional, beruflich usw. nicht passen würden. Wenn aber von den 469.331 von den Betrieben bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Berufsausbildungsstellen nur 48.049 (11 Prozent) unbesetzt, aber 268.024 Bewerberinnen und Bewerber ausbildungslos geblieben sind, dann zeigt sich jedem, der rechnen kann, dass über 200.000 Berufsausbildungsstellen fehlen.

64 Prozent der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen besetzt, 11 Prozent noch zu vermitteln
Betriebliche Berufsausbildungsstellen nach dem Stellenstatus
30. September 2026, Deutschland



Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 4: Bei den Arbeitsagenturen gemeldet Berufsausbildungsstellen, Deutschland Berufsberatungsjahr 2025/26

> Herr Dulger versucht, den Schwarzen Peter für die schlimmste Ausbildungskrise seit der Wiedervereinigung von den Betrieben weg zum Staat und zu den Jugendlichen zu schieben. Diese müssten „ausreichend rechnen, schreiben und lesen lernen“. Das ist ein beliebtes und vielfach geteiltes Argument, das durch die jüngsten PISA-Ergebnisse scheinbar gestützt wird. Übersehen wird dabei, dass Jugendliche, die nicht „ausreichend rechnen, schreiben und lesen“ können, von den Arbeitsagenturen nicht als „geeignet für Ausbildung“ erachtet und als Bewerber gar nicht zugelassen werden. So sind nur 4.000 Jugendliche ohne Hauptschulabschluss und 74.000 Jugendliche mit Hauptschulabschluss als Bewerber registriert worden, obwohl laut Vorausberechnung der Kultusministerkonferenz 2026 allein 64.000 Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss und 134.000 Schulabgänger mit Hauptschulabschluss die allgemeinbildenden Schulen verlassen haben. Aber wo sind sie geblieben? Wenn Jugendliche zur Arbeitsagentur gehen, werden sie zunächst als „Ratsuchende“ gezählt und auf ihre Eignung getestet. Auf diese Weise sortieren die Arbeitsagenturen etwa ein Viertel im Vorweg aus und es bleiben nur die „Geeigneten“ übrig.

- Das DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel reagiert auf die schlimmste Ausbildungskrise

seit der Wiedervereinigung mit der Forderung: „Völlig irre wäre es, jetzt Personal in den Arbeitsagenturen abzubauen. Solange Tausende von Jugendlichen vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen, müssen diese jungen Menschen beim Einstieg ins Berufsleben maximal unterstützt werden." Sicherlich wäre es prozyklisch und damit krisenverschärfend, in einer Krise Personal in den Arbeitsagenturen abzubauen. Aber es geht um viel mehr. Wenn über 200.000 Ausbildungsplätze fehlen, helfen auch zusätzliche Berufsberater nichts. Wohin sollen sie vermitteln, wenn nichts zu vermitteln ist? Warum sagt Frau Piel nichts zur Forderung des DGB nach einer Ausbildungsgarantie, die das Problem grundsätzlicher angehen würde, wie noch zu zeigen sein wird?

- Völlig unverständlich ist, dass es keine Stellungnahme der Bundesbildungsministerin Prien gibt. Dabei ist sie laut Grundgesetz für die betriebliche Berufsausbildung zuständig (während die schulische Allgemein- und Berufsbildung in die Kompetenz der Länder fällt). Offenbar weiß sie zur schlimmsten Ausbildungskrise seit der Wiedervereinigung nichts zu sagen. Sie ist eine Fehlbesetzung (wie schon hier gezeigt). Die Jugend in unserem Land hat Besseres verdient, und der Fachkräftemangel wird so zunehmen.

Nichtausbildungstendenz bei einzelbetrieblicher Finanzierung der Ausbildung

Offenbar fehlen über 200.000 Ausbildungsplätze. Das geht schon seit Jahren so. Trotzdem haben die „Akteure" der Berufsbildung bisher wenig zur Lösung des Problems beigetragen. Immer wieder werden mehr verbindliche Berufsorientierung, mehr Praktika und flächendeckende Jugendberufsagenturen gefordert. Dies hat alles nichts gebracht. Berufsorientierung, Praktika und Jugendberufsagenturen schaffen nicht mehr Ausbildungsplätze.

Stattdessen wird mantraartig von einem „Fachkräftemangel" geredet und davon, dass die Betriebe „händeringend" Auszubildende suchen würden. Wenn dem so ist, so lautet die damit verbundene Annahme, dann müssten die Betriebe mehr ausbilden. Das trifft aber weder empirisch zu noch lässt es sich theoretisch erklären. Die obige Abbildung 1 belegt eindeutig, dass die Betriebe nicht mehr, sondern immer weniger ausbilden. Theoretisch lässt sich dies mit der Nichtausbildungstendenz begründen (wie an anderer Stelle ausgeführt). Danach investieren – kurz gesagt – die einzelnen Betriebe nicht in etwas, was ihnen nicht gehört. Sie werden dementsprechend auch nicht in die Ausbildung von Jugendlichen Geld stecken, sofern es ihnen nicht gelingt, bereits während der Ausbildung

Nettoausbildungserträge zu erzielen oder die Abwerbung der Ausgebildeten nach der Ausbildung (zum Beispiel durch eine betriebsspezifische Ausbildung) zu verhindern.

Ausbildungsgarantie nach österreichischem Vorbild

Die Ausbildungskrise lässt sich nur mit einer Refom des Ausbildungssystems bewältigen. Dazu müssen die Nichtausbildungstendenz überwunden und die Finanzierung der Ausbildung vergesellschaftet werden. Dies kann auf zahlreiche Art und Weise geschehen. Es kann ein Ausbildungsfonds geschaffen werden, wie es die Edding-Kommission 1974 vorgeschlagen hat und wie es das Ausbildungsplatzförderungsgesetz von 1976 vorsah. Es können auch Kosten der Berufsbildung teilweise übernommen werden (wie zum Beispiel die Errichtungskosten oder die laufenden Kosten bei der überbetrieblichen Ausbildung oder wie beim Berufsschulunterricht). Es können auch große Teile der Berufsbildung verschult werden (wie zum Beispiel in den Niederlanden oder in China, die damit sehr gute Ergebnisse erzielen, indem sie diese nicht rein schulisch, sondern „dual“ als Kombination von Berufsbildung in der Schule und im Betrieb gestalten. Übrigens ist der Export des „hochgelobten“ dualen Systems nach China gescheitert.).

Jüngst haben in einem eigenartigen Bündnis der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bertelsmann-Stiftung den Vorschlag für eine Ausbildungsgarantie nach österreichischem Vorschlag unterbreitet.

Die österreichische Ausbildungsgarantie zeichnet sich laut Tagesschau durch folgende Merkmale aus:

> „Wer in Österreich keine Lehrstelle findet, der absolviert einen zehnwöchigen Kurs zur Berufsvorbereitung. In dieser Zeit versucht die österreichische Arbeitsagentur intensiv, an Unternehmen zu vermitteln. Wer dennoch leer ausgeht, der macht eine sogenannte überbetriebliche Ausbildung in einer Bildungseinrichtung. Parallel wird stetig weiter versucht, in eine reguläre Ausbildung zu vermitteln. Am Ende erhalten aber auch Jugendliche, die ihre komplette Ausbildung in einer Bildungseinrichtung absolvieren, einen Abschluss. Während der kompletten Zeit wohnen sie oft in einem Azubi-Wohnheim. Diese Form der Ausbildungsgarantie kostet natürlich: Pro Person und Jahr kommen etwa 72.000 Euro zusammen.“

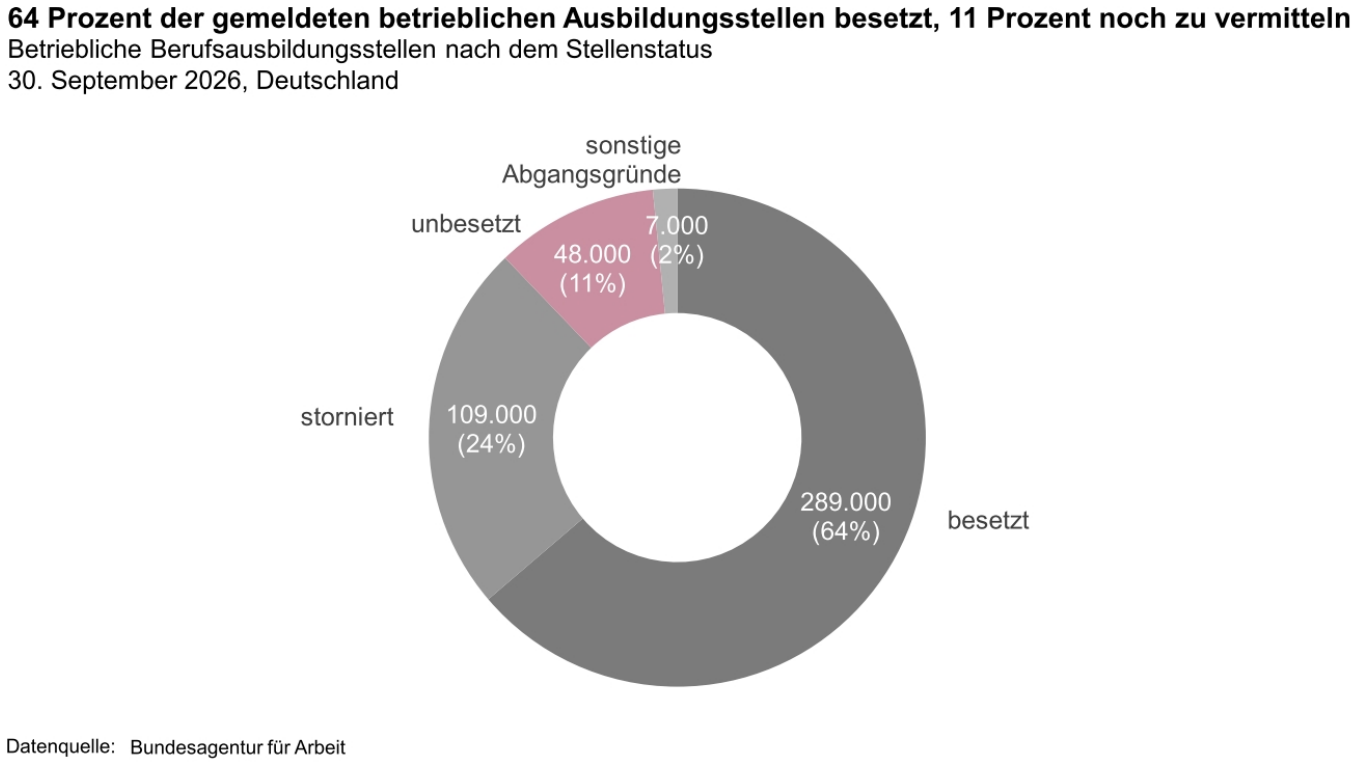


Abbildung 5: Die Ausbildungsgarantie in Österreich (Quelle: Ausbildungsgarantie in Österreich. Was steckt dahinter und was kann in Deutschland davon gelernt werden?)

Von einer derartigen Ausbildungsgarantie können die über 230.000 in 2024 ausbildungslos gebliebenen Jugendlichen in Deutschland nur träumen.

Die Ausbildungsgarantie ist im Koalitionsvertrag von Rot-Grün 2021 aufgenommen worden, aber – wie immer – in völlig unzureichender Form. Diese Ausbildungsgarantie sollte nicht flächendeckend wirksam werden, sondern nur dann, wenn „in Regionen mit erheblicher Unterversorgung an Ausbildungsplätzen“ die Sozialpartner der Verwaltungsausschüsse einen entsprechenden Beschluss fassen. Daraus hat die Bundesagentur für Arbeit gemacht, dass die deutsche Ausbildungsgarantie nur in Arbeitsagenturbezirken zum Tragen kommen soll, in denen auf 100 gemeldete betriebliche Berufsausbildungsstellen mehr als 110 gemeldete Bewerber kommen und dies von den Sozialpartnern beschlossen wird. Außerdem müssen die Jugendlichen „hinreichende Bewerbungsbemühungen“ nachweisen.

Tatsächlich haben in nur 23 von insgesamt 150 Arbeitsamtsbezirken die Verwaltungsausschüsse eine Unterversorgung festgestellt. Die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze ist seit dem Ausbildungsjahr 2020/21 sogar wieder gefallen (von 17.663 auf 16.357). Dabei fehlen über 200.000 Ausbildungsplätze.

Die deutsche Ausbildungsgarantie ist garantiert keine Garantie. Sie kommt einem Wahlbetrug gleich. Trotzdem könnte sie, wenn man sie nach österreichischem Vorbild einsetzten würde, ein wirksames Mittel gegen die Nichtausbildungstendenz und die Ausbildungskrise sein. Sie funktioniert in Österreich, aber in Deutschland werden alle möglichen reaktionär-bürokratischen Reformen gegen den Willen der Bevölkerung durchgezogen. Wirkliche Reformen, die der Jugend, der Wirtschaft und dem Lande nützen würden, werden verwässert und verschleppt.

Titelbild: BearFotos / Shutterstock